

FAMILIEN.LEBEN.VIELFALT

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die moderne Familienpartei in Baden-Württemberg. Wir sind
2 die Partei, die Familie weiter denkt und Kinder konsequent in den Mittelpunkt der Familienför-
3 derung stellt. Familie ist ein sehr wichtiger Teil unseres Lebens und unserer Gesellschaft, in Fa-
4 milien werden Verantwortung und Solidarität gelernt und gelebt. Wir Grünen wollen Familien
5 konsequent fördern, ohne ihnen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben.

6 Familie ist bunt und in Bewegung – in ihrem Alltag, in ihren Strukturen und in ihren Formen.
7 Menschen übernehmen heute in einer Vielzahl von Lebensmodellen füreinander Verantwor-
8 tung. Wir wollen die Vielfalt bestehender Lebensentwürfe anerkennen und das Übernehmen
9 von Verantwortung gezielt fördern. Für uns Grüne ist deshalb klar: Familie ist dort, wo Men-
10 schen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen!

11 Die Familienpolitik von Schwarz-Gelb wird den Ansprüchen heutiger Familien nicht gerecht. Wir
12 Grüne stehen für eine Politik, die sich an den Bedürfnissen aller Familien orientiert und die ge-
13 sellschaftlichen Veränderungen im Interesse der Familien von heute und morgen politisch ge-
14 staltet.

15 Auch in der Familienpolitik braucht es einen grünen Wandel.

16 Grüne Familienpolitik bedeutet konsequente Investitionen in den Ausbau der Bildungs- und
17 Betreuungsinfrastruktur, damit jedes Kind die gleichen Startchancen bekommt.

18 Grüne Familienpolitik bedeutet eine moderne Familienförderung, der alle Kinder gleich viel wert
19 sind und die kein Kind zurücklässt.

20 Grüne Familienpolitik bedeutet Familienvielfalt leben, denn wir erkennen die gesellschaftliche
21 Realität und Vielfalt der Familienformen an.

22 Unser Land braucht eine Familienpolitik aus einem Guss, die gezielt Kinder fördert und deren
23 Instrumente sich nicht gegenseitig behindern. Die Familienpolitik von Schwarz-Gelb wird den
24 Lebensrealitäten der Familien nicht gerecht. Wir Grünen stehen für eine moderne Familienpoli-
25 tik, die die Menschen in ihren jeweiligen familiären Lebenssituationen unterstützt!

26 Schwarz-Gelb im Bund geht dahingegen seit Jahren mehr Schritte zurück als vor. Die Merkel-
27 Koalition und ihre Familienministerin betätigen sich unbelehrbar als gesellschaftspolitische Mo-
28 dernisierungsbremse - sei es durch das Festhalten an überkommenen Rollenbildern, die Einfüh-
29 rung des Betreuungsgeldes, die Reformverweigerung beim Ehegattensplitting oder in der De-
30 batte um Quotenregelungen. Schwarz-Gelb ist für viele Familien längst zu einer Belastung ge-
31 worden.

32 1. Konsequent Kinder fördern

33 Die zahlreichen familienpolitischen Instrumente sind wenig zielgenau und mangelhaft aufeinan-
34 der abgestimmt, teilweise widersprüchlich und intransparent. Der Investitionsnotstand bei der
35 Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur hat die Durchlässigkeit der Gesellschaft gemindert und
36 die Benachteiligung von Frauen verschärft.

37 Wir wollen diesen Notstand beseitigen. Familien brauchen eine gezielte Förderung, die sich am
38 Kind orientiert und nicht am Rechtsstatus der Eltern. Wir wollen allen Kindern Teilhabe ermögli-
39 chen. Familien brauchen auch eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsinfrastruk-
40 tur. Deshalb wollen wir alle familienbezogenen Leistungen auf den Prüfstand stellen und sie so
41 verändern, dass Familien tatsächlich davon profitieren. Wir werden damit aufhören, über staat-
42 liche Mittel ein traditionelles Familienmodell einseitig zu fördern. Wenig wirkungsvoll sind In-
43 strumente, die an den Status der Ehe gekoppelt sind. Sie erschweren nicht nur eine eigenständi-

44 ge Existenzsicherung beider Partner, sondern schaffen Anreize zum langfristigen Rückzug von
45 Frauen aus dem Erwerbsleben. Bereits heute leben ein Drittel der Kinder in Familien ohne Trau-
46 schein, deshalb muss eine moderne grüne Familienförderung sich am Kind orientieren statt am
47 Rechtsstand der Eltern. Denn jedes Kind ist uns gleich viel wert.

48 **Kinderbetreuung ausbauen, Betreuungsgeld abschaffen**

49 Das Betreuungsgeld ist die familienpolitische Rolle rückwärts in die 50er-Jahre des letzten Jahr-
50 hunderts. Mit der „Herdprämie“ haben CDU, CSU und FDP bewiesen, dass mit ihnen keine
51 moderne Familienförderung möglich ist. Das Betreuungsgeld ist unter bildungs- und gleichstel-
52 lungspolitischen Gesichtspunkten eine Katastrophe.

53 So steht das Betreuungsgeld im Widerspruch zu einer Politik, die auf eine bessere Vereinbarkeit
54 von Erwerbs- und Familienleben für beide Elternteile zielt. Wir wollen deshalb das Betreuungs-
55 geld wieder abschaffen, weil es unsinnige und falsche Anreize setzt. Die dafür verplanten 2 Mil-
56 liarden Euro sind besser in der Kinderbetreuung aufgehoben.

57 Wir wollen den Bund beim Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in die Pflicht
58 nehmen. Für den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung wollen wir deshalb 1 Milliarde
59 Euro an Bundesmitteln zusätzlich pro Jahr den Ländern und Kommunen zur Verfügung stellen.

60 In Baden-Württemberg hat die grün-rote Landesregierung für die gewaltige Zukunftsaufgabe
61 des Ausbaus der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren den Kommunen über 300 Milli-
62 onen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellt. Damit hat die Landesregierung die Zu-
63 schüsse für den Ausbau der Kleinkindbetreuung mehr als verdoppelt. Aufgrund der jahrzehnte-
64 langen Untätigkeit von Schwarz-Gelb liegt Baden-Württemberg noch immer weit hinter der
65 gesetzlichen Vorgabe, jedem dritten Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anzubieten.

66 Der zwischen Kommunen und Land ausgehandelte „Pakt für Familien mit Kindern“ hat die
67 Städte und Gemeinden in die Lage versetzt, die Kleinkindbetreuung auszubauen. Ab 2014 wird
68 sich das Land mit einem festen Anteil von 68% an den Nettobetriebskosten der Kleinkindbe-
69 treuung beteiligen. Damit bieten wir den kommunalen Trägern Planungssicherheit und schaffen
70 so den wichtigen und längst überfälligen Ausbau der U3-Betreuung.

71 **Gute Bildung und Bildungsgerechtigkeit**

72 Familien brauchen gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen im Schul- und Vorschulbereich.
73 Ein flächendeckendes Angebot mit Wahlmöglichkeiten ist dabei genauso wichtig wie eine hohe
74 Qualität der Einrichtungen. Wir Grünen stehen für Bildungsgerechtigkeit. Wir nehmen es nicht
75 hin, dass die soziale Herkunft über den Erfolg im Bildungssystem entscheidet und die Chancen,
76 das eigene Leben gestalten zu können, so ungleich verteilt sind, wie das bis zum Regierungs-
77 wechsel in Baden-Württemberg der Fall war.

78 Unser Ziel ist es, kein Kind zurückzulassen, Kinder schon früh zu fördern und die zahlreichen
79 Hürden zu beseitigen, die insbesondere Kindern aus finanziell schwächer gestellten Familien,
80 aus bildungsfernen Elternhäusern oder aus Familien mit Migrationshintergrund in den Weg ge-
81 stellt werden.

82 **Ausbau der Betreuungsinfrastruktur im Klein- und Schulkindbereich**

83 Insofern ist der von uns Grünen seit vielen Jahren geforderte und dort, wo wir in der Verant-
84 wortung stehen, forcierte Ausbau der Betreuungsinfrastruktur im Kleinkind- und Schulkind-
85 bereich ein wichtiger und richtiger Ansatz, den Herausforderungen zu begegnen. Gleichzeitig
86 halten wir bundesweite Mindeststandards für die Qualität der Betreuungsangebote für absolut
87 nötig.

88 Wir wollen aus Kitas Orte für die ganze Familie machen und sie mit Familienzentren vernetzen.
89 So schaffen wir familienunterstützende Strukturen und Orte der Begegnung im Stadtteil und
90 zwischen den Generationen. Stadtteil- und Familienzentren bieten Strukturen der Familien-
91 selbsthilfe, die Eltern und Kindern Alternativen zu verloren gegangenen Verwandtschafts- und
92 Nachbarschaftsnetzwerken bieten können.

93 **Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen**

94 Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule haben wir in Baden-Württemberg eine Schulart
95 auf den Weg und ins Schulgesetz gebracht, die individuelle Förderung, längeres gemeinsames
96 Lernen, inklusive Beschulung und Bildungsgerechtigkeit ermöglicht: Kinder auf ganz unter-
97 verschiedenen Leistungsstufen lernen in gemeinsamen Klassen in individualisierten Unterrichts-
98 formen besser und selbstständiger. Das entlastet die Familien, da der gemeinschaftliche Unter-
99 richt weniger soziale Ausgrenzung produziert und gleichzeitig individuelle Förderung ermög-
100 licht. Gemeinschaftsschulen sind selbstverständlich Ganztagschulen und inklusive Schulen, an
101 denen auch Kinder mit Behinderung lernen und teilhaben. Wir Grünen streben über die weitere
102 Verbreitung der Gemeinschaftsschule hinaus den Ausbau von Ganztagschulen im ganzen Land
103 an. Flächendeckend sollen Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder auf Ganztageschulen zu
104 schicken, damit alle Kinder bestmöglich gefördert werden und auch nach der Einschulung bzw.
105 dem Übergang auf die weiterführende Schule nicht alle Arrangements von Vereinbarkeit von
106 Familie und Beruf zusammenbrechen. Wir bevorzugen dabei klar das Modell der gebundenen
107 Ganztageschule, da nur diese das wertvolle pädagogische Konzept des rhythmisierten Unter-
108 richts ermöglicht. Und selbstverständlich wollen wir den Auftrag der UN-
109 Behindertenrechtskonvention umsetzen und Kindern mit Behinderung eine inklusive Beschulung
110 in normalen Regelschulen ermöglichen.

111 All das ist mit gewaltigen finanziellen und personellen Investitionen in Bildung und Betreuung
112 verbunden. Bund, Land und Kommunen müssen ihren Beitrag zum Ausbau der Ganztagschu-
113 len leisten.

114 **Freiräume und Mitbestimmung für Jugendliche**

115 Junge Menschen sind in der Familienpolitik lange nur wenig berücksichtigt worden. Wenn sie in
116 der öffentlichen Debatte vorkamen, dann als GewalttäterInnen oder im Zusammenhang mit
117 Alkoholmissbrauch. Wir Grüne wollen das ändern, denn für uns ist die Jugend eine zentrale
118 Entwicklungsphase, in der Jugendliche Räume und Möglichkeiten brauchen, um sich zu entwi-
119 ckeln und erste Schritte zu machen. Deshalb wollen wir das Wahlalter auf mindestens 16 Jahre
120 absenken, Jugendverbandsarbeit und zivilgesellschaftliches Engagement stärken und den ÖPNV
121 jugendbedarfsgerecht ausbauen.

122 **Bekämpfung von Kinderarmut**

123 Wir wollen eine gerechte Gesellschaft – Kinderarmut hat darin keinen Platz! Das derzeitige Fa-
124 milienfördersystem ist ungerecht und schafft es nicht, Kinderarmut zu verhindern. Es ist ein
125 Skandal, dass jedes 5. Kind in Deutschland von Armut betroffen ist. Auch in Baden-
126 Württemberg leben viele Kinder in Armut und prekären Verhältnissen. Wir wollen die Ursachen
127 von Kinderarmut bekämpfen und gleichzeitig Kinder für ihr späteres Leben stark machen. Zwar
128 bleibt die Erwerbstätigkeit der Eltern nach wie vor der beste Schutz vor Kinderarmut, aber die
129 materielle Unterstützung durch den Staat muss ebenfalls verbessert werden. Deshalb soll als
130 erster Schritt zu einer umfassenden Kindergrundsicherung der Hartz IV-Regelsatz für Kinder neu
131 berechnet und erhöht werden. Dafür wollen wir im Bundeshaushalt 500 Mio. Euro reservieren.

132 **Einstieg in die Kindergrundsicherung**

133 Momentan sind Kinder dem Staat unterschiedlich viel Wert – Familien mit einem hohen Ein-
134 kommen bekommen unterm Strich am meisten. Die Höhe der Förderung ist sowohl nach Ein-
135 kommensgruppe als auch nach Form des familiären Zusammenlebens verschieden. Mit den
136 Maßnahmen zur Eheförderung, wie dem Ehegattensplitting, werden erhebliche Mittel auf die
137 Unterstützung einer Familienform konzentriert – nämlich der Ehe. Die grüne Kindergrundsiche-
138 rung macht Schluss mit den Ungerechtigkeiten des bestehenden Ehe- und Familienförderungs-
139 systems und trägt zur sozialen Gerechtigkeit bei. Sie stellt das Kind in den Mittelpunkt der För-
140 derung und erkennt an, dass es verschiedene Formen des familiären Zusammenlebens gibt.
141 Durch die Umschichtung bestehender familienpolitischer Leistungen, die in der Kindergrundsiche-
142 rung aufgehen, besteht nur ein begrenzter Finanzbedarf: So sollen in einer Kindergrundsiche-
143 rung neben einem Teil des Ehegattensplittings perspektivisch Kindergeld beziehungsweise
144 steuerliche Kinderfreibeträge sowie Kinderzuschlag aufgehen. Dadurch profitieren die meisten
145 aller Familien von der grünen Steuerpolitik.

146 **Umwandlung Ehegattensplitting**

147 Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Exis-
148 tenzminimum ersetzen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur eigenständigen Existenzsicherung von
149 Frauen und senkt damit das Armutsrisiko von Familien und von Frauen im Alter.

150 Den Übergang vom Ehegattensplitting zu einer Individualbesteuerung wollen wir sozialverträglich
151 gestalten. Die Belastung aus der Reform des Ehegattensplittings setzt erst ab einem zu ver-
152 steuernden Einkommen von über 60.000 Euro ein. Dieser Splittingdeckel soll dann langfristig
153 schrittweise abgebaut werden. Der Übergang für Familien, die sich an der heutigen Steuerge-
154 setzgebung orientiert haben und darauf ihre innerfamiliäre Arbeitsteilung ausgerichtet haben,
155 soll also behutsam sein. Einnahmen, die dem Staat durch das Ehegattensplitting bisher entge-
156 hen, wollen wir Schritt für Schritt zur Finanzierung von guten Kitas und Ganztagschulen sowie
157 zum Aufbau einer Kindergrundsicherung nutzen, die gerade für Familien mit Kindern einen
158 Ausgleich schafft.

159 **Unterstützung von Alleinerziehenden**

160 Alleinerziehende sind besonders auf die Unterstützung der Gesellschaft und auf gute Rahmen-
161 bedingungen angewiesen. Deshalb wollen wir ein akzeptierendes gesellschaftliches Umfeld für
162 alleinerziehende Mütter und Väter weiterhin konsequent fördern. Gerade bei Alleinerziehenden
163 und ihren Kindern ist das Armutsrisiko besonders hoch. Alleinerziehende müssen ebenso wie
164 andere Familien die Möglichkeit haben, einer existenzsichernden Erwerbsarbeit nachzugehen.
165 Dafür sind in erster Linie ausreichend Betreuungsmöglichkeiten nötig. Alleinerziehende müssen
166 aber auch bei der Gestaltung flexibler Arbeitszeitmodelle besonders berücksichtigt werden.
167 Deshalb hat die grün-rote Landesregierung die Teilzeitausbildung gefördert. Darüber hinaus ist
168 die Weiterentwicklung und zeitliche Ausdehnung des Unterhaltsvorschlusses ein wichtiger He-
169 bel, um die materielle Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder nach der Trennung abzusie-
170 chern. Eltern bleiben auch bei einer Trennung und Scheidung Eltern. Deshalb wollen wir Fami-
171 lienleistungen wie den Landesfamilienpass für beide Elternteile ermöglichen.

172 **2. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben möglich machen**

173 Die Anforderungen an Elternschaft, an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie an das
174 Zusammenleben der Generationen sind heute höher denn je. Traditionelle gesellschaftliche und
175 familiäre Strukturen, Funktionen, Rollenerwartungen und Leitbilder lösen sich mehr und mehr
176 auf. Den damit verbundenen Freiheitsgewinn, die damit verbundenen emanzipatorischen Er-
177 rungschaften und die daraus resultierenden Entfaltungsmöglichkeiten begrüßen wir als gesell-
178 schaftliche Innovationen für die wir Grünen seit vielen Jahren engagiert gekämpft haben.

179 Gleichzeitig stellt diese Entwicklung Familien vor neue Herausforderungen und erzeugt geän-
180 derten Unterstützungsbedarf.

181 Familien brauchen heute neue finanzielle und institutionelle Rahmenbedingungen, aber auch
182 neue Leitbilder und Rollenmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die gleichberechtigte
183 Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit ist hinsichtlich der individuellen Existenzsiche-
184 rung und der Partizipation von Frauen gut und wichtig, ganz abgesehen davon, dass sie für
185 viele Familien zur Existenzsicherung schlicht notwendig ist. Sie erfordert aber auch Einrichtun-
186 gen und Strukturen, welche die dann entstehenden Lücken in der familiären Fürsorge-Arbeit
187 füllen helfen. Und sie erfordert neue Modelle der Arbeitszeitgestaltung und der Arbeitsorganisa-
188 tion im Erwerbsleben und natürlich auch eine wachsende Beteiligung von Männern an der Fa-
189 milienarbeit.

190 **Familienfreundliche Arbeitswelt**

191 Der flächendeckende Ausbau der Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ist nur ein Teil der
192 Antwort auf die neuen Herausforderungen an Familien und an die Familienpolitik. Eine ebenso
193 wichtige Rolle spielen die Verhältnisse in der Arbeitswelt. Das Leitbild der Vollzeiterwerbstätig-
194 keit beider Partner steht in weiten Teilen der Arbeitswelt noch in klarem Gegensatz zu den Er-
195 fordernissen des Familienlebens. Beruflich geforderte Arbeitszeit, Verfügbarkeit, Flexibilität und
196 Mobilität stehen den familiären Bedürfnissen nach Zeit für Kinder und Beziehung, Kontinuität
197 und geregelten Tagesabläufen oft diametral entgegen. Wenn der Arbeitsmarkt vom traditionell
198 männlichen Modell der Erwerbsarbeit geprägt wird, das viel Zeit für Arbeit, aber kaum Zeit für
199 Familie, Engagement und Muße lässt, werden Familien zerrieben.

200 Familien brauchen Zeit und Zeitsouveränität, die ihnen verlässliche und planbare Zeiten für das
201 Familienleben lässt. Familien brauchen deshalb vor allem eine familienfreundliche Arbeitszeitpo-
202 litik.

203 Immer noch entscheiden sich vor allem Frauen angesichts des vor allem auf ihnen lastenden
204 Vereinbarkeitsdruckes von Familienarbeit und Beruf letztlich doch dafür, zu Hause zu bleiben
205 und die familiäre Verantwortung und Fürsorge-Arbeit fast allein zu übernehmen. Und es gibt
206 nicht wenige Frauen, die sich gegen Kinder entscheiden, weil ihnen die Vereinbarkeitsfrage als
207 nicht lösbar erscheint.

208 Aber auch immer mehr Männer leiden unter ähnlichen Vereinbarkeitsproblemen wie Frauen.
209 Gerade junge Männer haben mittlerweile den Anspruch, Kinder, Karriere, Engagement und
210 Freizeit miteinander vereinbaren zu können, anstatt sich für das eine oder gegen das andere
211 entscheiden zu müssen.

212 Wir sind der festen Überzeugung, dass eine geschlechtergerechte Chancenverteilung eine we-
213 sentliche Grundlage für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, für Frauen und für Männer.

214 Die Teilhabe beider Partner am Erwerbsleben erfordert Unterstützung und Flexibilität auch auf
215 Seiten der Arbeitswelt. Wer Anpassungsleistungen und Flexibilität nur von Seiten der Familien
216 einfordert, zerstört die Grundlagen, auf denen Familienleben basiert. Unser Grünes Leitbild ist
217 nicht die arbeitsmarktkonforme, wettbewerbsfähige Familie, unser Leitbild ist die familien-
218 freundliche Arbeitswelt. Gute Arbeit ist auch familienfreundliche Arbeit. Gefragt sind Möglich-
219 keiten zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung, eine familienfreundliche Arbeitsorganisation und Ar-
220beitskultur, Heimarbeitsplätze, Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg nach Familien-
221pausen und Angebote der betrieblichen und betrieblich unterstützten Kinderbetreuung.

222 Die Chancen, dass sich die Arbeitswelt mehr und mehr in diese Richtung bewegt, stehen ange-
223 sichts des wachsenden Fachkräftemangels in vielen Branchen nicht schlecht. Immer mehr Un-
224ternehmen implementieren ein Diversity-Management und machen sich auf die Suche nach

225 wirksamen Anreizen zur Anwerbung und Bindung qualifizierter Fachkräfte. Auch die Familien-
226 freundlichkeit eines Unternehmens wird dabei an Bedeutung gewinnen.

227 **Rechtliche Rahmenbedingungen für Familien verbessern**

228 Dennoch sehen wir Grüne hier auch den Gesetzgeber in der Pflicht und fordern eine Ergänzung
229 des im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerten Rechts auf Teilzeit durch ein Rückkehrrecht
230 auf eine Vollzeittätigkeit nach Familienphasen. Verbesserungen beim Elterngeld beispielsweise
231 durch mehr Väter-Monate und eine Flexibilisierung der Elternzeit führen zu mehr Spielraum für
232 Familien. Und wir wollen mit einem Entgeltgleichheitsgesetz endlich dafür sorgen, dass gleicher
233 Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird.

234 **3. Familienvielfalt leben**

235 Familie ist im Wandel. Wir stehen für ein Verständnis von Familienpolitik, das davon ausgeht,
236 dass Menschen ihre Familienformen und Lebensentwürfe selbstbestimmt wählen und ihre Le-
237 benswege gehen können. Für uns sind auch Familienmodelle, die von den klassischen Rollenbil-
238 dern abweichen keine Problemfälle, sondern Normalität. Grüne Familienpolitik grenzt kein Le-
239 bensmodell aus, sondern schafft Rahmenbedingungen, in denen Familie und Familienentwick-
240 lung nachhaltig gelebt werden können. Auch Lesben und Schwule sind und haben Familie. Ein
241 wichtiger Schritt hin zur Anerkennung ist die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare.
242 Die schwarz-gelbe Bundesregierung musste erst vom Verfassungsgericht in Karlsruhe gezwun-
243 gen werden, das Steuerrecht zu ändern und die Sukzessivadoption einzuführen. Wir wollen die
244 Ehe öffnen und alle Diskriminierungen beenden.

245 **Familienvertrag einführen - Mitverantwortung sozialer Eltern stärken**

246 Das derzeitige Familien- und Kindschaftsrecht deckt weder die Vielfalt noch die Wandelbarkeit
247 des Familienlebens ab. Zunehmend gibt es Familienkonstellationen, in denen mehr als nur zwei
248 Personen elterliche Mitverantwortung übernehmen. Das betrifft insbesondere Patchwork- und
249 Regenbogenfamilien. Wir wollen daher die rechtlichen Positionen von sozialen Eltern stärken,
250 ohne die der biologischen zu ersetzen. Mit einem Familienvertrag soll als flexibles neues Rechts-
251 institut biologischen und sozialen Eltern die Möglichkeit eröffnet werden, relevante familien-
252 und kindschaftsrechtliche Fragen zum Wohl des Kindes zu regeln (z.B. Umgang, Unterhalt,
253 Zeugnisverweigerungsrecht, Erbrecht oder Entscheidungen des täglichen Lebens).

254 Für uns ist dabei klar, dass ein Familienvertrag alle Familienmodelle, insbesondere auch Patch-
255 work- und Regenbogenfamilien, umfasst. Das Vorhandensein von Kindern soll daher keine Vo-
256 raussetzung für einen Familienvertrag sein. Damit wird es Menschen in ganz unterschiedlichen
257 Formen des Zusammenlebens ermöglicht, Rechte und Pflichten des gemeinsamen Lebens ver-
258 bindlich zu vereinbaren und damit rechtlich abzusichern, was sie heute schon leben.

259 **Nachhaltige Familienpolitik setzt Gleichstellungspolitik voraus**

260 Grüne Familienpolitik ist ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht denkbar. Ohne aktive Gleichstel-
261 lungspolitik kann nachhaltige Familienpolitik nicht gelingen. Frauen sollen ihr Leben mit oder
262 ohne Kind selbstbestimmt gestalten können. Grüne Politik ist feministisch und emanzipatorisch
263 mit dem Ziel, allen Menschen mehr individuelle Gestaltungsfreiheit zu ermöglichen. Grüne Fa-
264 milienpolitik zielt deshalb darauf ab, Benachteiligungen abzubauen und Kindern, Eltern und
265 Partnern in den unterschiedlichsten Varianten des Zusammenlebens tatsächlich zu gleichen
266 Chancen zu verhelfen. Die einseitige staatliche Förderung des traditionellen Familienmodells mit
267 dem männlichen Alleinverdiener wollen wir deshalb abbauen zugunsten einer Förderung, die
268 Familien unterstützt, in denen die Sorge-Aufgaben gleichberechtigt geteilt werden und Paare
269 sich frei entscheiden können, wie sie ihr Familienleben organisieren wollen. Deshalb arbeiten wir
270 konsequent daran, die strukturellen Ursachen für die Benachteiligung von Frauen abzubauen,

271 auch in der Familienpolitik. Wir wollen daher alle familienpolitischen Entscheidungen im Vorfeld
272 darauf überprüfen, ob sie der Geschlechtergerechtigkeit förderlich sind und dem Prinzip des
273 Gender Mainstreaming entsprechen.

274 **Familien mit Angehörigen mit Behinderung**

275 Familien mit Angehörigen mit Behinderung sind vielfachen Belastungen ausgesetzt – von der
276 Organisation und Durchführung der Pflege über die Auseinandersetzung mit einem Wirrwarr
277 sozialrechtlicher Regelungen bis hin zu finanziellen Mehraufwendungen durch die Behinderung.

278 Bei Kindern mit Behinderung ist die Durchsetzung einer Pflegestufe besonders schwer. Aber
279 auch bei Erwachsenen deckt die Erfassung der Pflegebedürftigkeit in Minuten nach der aktuel-
280 len Definition nicht den wirklichen Bedarf zum Ausgleich der Teilhabehemmnisse. Daher wer-
281 den wir uns für eine Neuregelung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes einsetzen, der sich konse-
282 quent an dem Unterstützungsbedarf zu gleichberechtigter Teilhabe orientiert.

283 Familien mit Angehörigen mit Behinderung haben oft viele zusätzliche Ausgaben zu schultern.
284 Dem wird jedoch kaum Rechnung getragen. Im Gegenteil: Viele Leistungen der Eingliederungs-
285 hilfe sind Teil der Sozialhilfe und damit einkommens- und vermögensabhängig. Dies wider-
286 spricht klar dem Gedanken des Nachteilsausgleichs. Daher setzen wir uns für ein Bundesteilha-
287 begesetz ein, bei dem die Leistungen unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt
288 werden.

289 Immer mehr Menschen mit Behinderung gründen eine Familie und bekommen Kinder. Sie sind
290 bei der Familienarbeit auf Unterstützung – sog. Elternassistenz – angewiesen. Hierfür gibt es
291 aber keine explizite rechtliche Regelung. Daher werden wir in Baden-Württemberg prüfen, Mo-
292 dellprojekte dazu durchzuführen und uns auf Bundesebene für eine Verankerung der Elternas-
293 sistenz im SGB IX einsetzen.

294 Barrierefreier Wohnraum ist noch immer Mangelware. Gerade größere Wohnungen für Fami-
295 lien mit Angehörigen mit Behinderung fehlen. Daher prüfen wir die Landesbauordnung dahin-
296 gehend zu ändern, wie für privaten Wohnungsbau den vorgeschriebenen Anteil barrierefreier
297 Wohnungen erhöht werden kann und insbesondere familiene geeignete barrierefreie Wohnun-
298 gen geschaffen werden. Bei öffentlichen Investitionen in Wohnraumsollten mind. 10% der Ge-
299 samtwohnfläche barrierefrei sein. Außerdem werden wir mit dem Städtetag und Gemeindetag
300 über die Einrichtung kommunaler Börsen für barrierefreien Wohnraum beraten.

301 Familien mit Angehörigen mit Behinderung sind auf vielfältige Unterstützung angewiesen. Das
302 reicht von der Unterstützung bei der Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche bis zur Unter-
303 stützung bei der Bewältigung der Behinderung. Bereits im Koalitionsvertrag haben wir festge-
304 halten, dass wir Peer-Counseling, also die Beratung von Menschen mit Behinderung für Men-
305 schen mit Behinderung, unterstützen wollen. Baden-Württemberg hat bisher nur ein solches
306 Beratungszentrum. Das ist viel zu wenig.

307 **Wir Grünen wollen:**

- 308 • einen qualitativen Ausbau der Kleinkindbetreuung und dafür jährlich zusätzlich 1 Milliarde Euro
309 im Bundeshaushalt bereitstellen.
- 310 • alle Kinder bestmöglich fördern und deshalb einen flächendeckenden Ausbau der Ganztages-
311 schulen.
- 312 • dass Leistungen für Kinder wirklich bei Kindern ankommen und deshalb das Ehegattensplitting
313 abschmelzen und eine Kindergrundsicherung einführen.
- 314 • Familien mehr Zeit geben und deshalb familienfreundliche Arbeitszeiten fordern und fördern so-
315 wie Verbesserungen beim Elterngeld einführen
- 316 • Familienvielfalt unterstützen und deshalb das Ehe- und Adoptionsrecht für schwule und lesbische
317 Paare sowie einen Familienvertrag einführen.